

# Rundbrief gegen Demontage des Gesundheitswesens

Nr. 3/ Oktober 2001

## Unternehmer-Vorstoß zur „Gesundheitsreform“

„Der Vorstoß der Arbeitgeber zur Reform der Krankenversicherung ist bei Gewerkschaften und Sozialverbänden auf Empörung gestoßen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer sagte der Chemnitzer «Freien Presse», eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen würde dazu führen, dass nur noch Besserverdienenden das medizinisch Notwendige zukomme. Mit Begrenzung der Kassenleistungen und mehr finanzieller Beteiligung der Versicherten ließen sich die Defizite im Gesundheitswesen nicht beheben.“

Die Arbeitgeber hatten Leistungskürzungen von 40 Milliarden Mark bei den Krankenkassen gefordert, um die Beiträge dauerhaft auf unter zwölf Prozent zu drücken. Die gesetzliche Krankenversicherung solle nach dem Muster der Rentenkassen auf eine Grundsicherung reduziert werden, hatte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt verlangt. Für alles andere sollten sich Patienten zusätzlich versichern.

„Gerade chronisch Kranke und Ältere hätten überhaupt keine Chance, sich privat zusätzlich zu versichern, es sei denn mit enorm hohen Risikoaufschlägen. ....“

## Wirtschaftsminister Müller vertritt offen die Interessen der Pharmaindustrie

„Werner Müller ist mit dem Vorhaben der Gesundheitsministerin Schmidt nicht einverstanden. Müller hat ordnungs- und industriepolitische Einwände gegen die Maßnahmen, mit denen seine Kabinettskollegin die Kassen um drei Milliarden Mark entlasten will. Schmidt wollte dazu unter anderem die Preise für Medikamente per Gesetz für zwei Jahre senken.“ (Nach ap-Meldungen vom 2. und 5. 10.2001)

Wir stehen vor einer Situation, wo die

- paritätische Finanzierung angegriffen wird
- ein Systemwechsel geplant wird
- die bisherigen Kassenbeiträge der Arbeitgeber als Lohn ausbezahlt werden sollen, was die volle Konkurrenz von Privat Versicherten bedeutet
- Die Privatisierung des gesamten Gesundheitssystems verstärkt angestrebt wird
- Der Pharmaindustrie werden trotz aller anders lautenden Aussagen weiter Riesenprofite zugestanden

**Hände weg von der paritätischen Finanzierung  
Keine Klassenmedizin wie in England  
Für Verbesserung der Gesundheitsversorgung  
Privatisierung = Verteuerung und Verschlechterung**

Die Interessen der Unternehmer liegen in der Senkung der „Lohnnebenkosten“ auf Kosten der Leistungen für die Versicherten. Maßnahmen zur Verbesserung Arbeitsbedingungen verbessern wie Prävention, Gesundheitsvorsorge u.a. stehen weiter hinten an. Die Reallöhne sind in den letzten Jahren gesunken, was auch die Situation der GKV verschlechtert hat. Die Arbeitslosigkeit beginnt wieder zu steigen, was auch eine Verringerung der Einnahmen der GKV bedeutet. Eine Verbesserung auf der Einnahmenseite wird auch dadurch verhindert, dass Beamte und

Selbständige weiter außen vor bleiben.

## Es ist notwendig, jetzt den Kampf vorzubereiten und zu koordinieren, um diesen Angriffen entgegentreten zu können.

Ein wichtiger Schritt dazu könnten Aktionen am 9./10.11., dem weltweiten Aktionstag gegen die WTO-Tagung in Qatar. Dazu auch der erneuerte Aufruf der ICFTU weiter hinten in diesem Rundbrief

## Stellungnahmen gegen den Krieg:

### ver.di Bezirksvorstand Stuttgart: Entschließung gegen Terror, Krieg und Gewalt

Unsere Trauer gilt den Opfern der Anschläge in den USA und unsere Solidarität und unser Mitgefühl den Angehörigen.

Dies gilt für alle Opfer von Gewalt, sei es von terroristischer Gewalt oder von Gewalt, die von Staaten gegen andere Völker oder gegen das eigene Volk ausgeübt wird.

Wir lehnen Terror als Mittel der Politik ab. Die Täter müssen in einem rechtsstaatlichen Verfahren verurteilt und bestraft werden. Terror kann aber auch nicht durch Gegenterror bekämpft werden, sondern nur dadurch, dass die Ursachen des Terrors beseitigt werden.

Die Ursachen des Terrors sind u.a. die Ausbeutung der Ressourcen der armen Länder, die Verteilungsungerechtigkeiten zwischen den armen und den reichen Ländern, die imperiale Einmischung in Konflikte in der 3. Welt und das Schüren von Konflikten in diesen Ländern aus machtpolitischem Kalkül.

Die Reaktionen der US-Regierung und der Bundesregierung, die Forderung nach militärischen Vergeltungsschlägen, die ganze Völ-

ker in Kollektivhaftung nehmen, verstärkt die Kriegsgefahr und die Eskalation der Gewalt. Gewalt an Unschuldigen darf nicht mit Gewalt an Unschuldigen beantwortet werden.

Die Gewerkschaften haben die besondere Pflicht, alles zu tun, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern und der Eskalation der Gewalt entgegenzutreten.

Die Anschläge in den USA haben deutlich gemacht, dass es eine Sicherheit, die auf militärischer Stärke beruht, nicht geben kann. Sicherheit kann nur entstehen auf der Grundlage einer gerechten Weltordnung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit zwischen der ersten und dritten Welt, auf der Grundlage der Bekämpfung von Armut, Hunger, Elend und Diskriminierung der Menschen in den armen Ländern. Dies ist auch der beste Schutz davor, dass fundamentalistische und rückwärtsgewandte Strömungen in diesen Ländern die Oberhand gewinnen. Wer jetzt die Welt in „Gut“ und „Böse“ einteilt, der reagiert ebenfalls nach fundamentalistischem Muster. Auch die Aufteilung der Welt in eine „zivilisierte“ und eine „unzivilisierte“ ist gefährlich und nimmt rassistische Züge an.

Wir wenden uns entschieden gegen die Kriegsrhetorik. Es handelt sich bei den Terroranschlägen um keine Kriegshandlung, und es ist deswegen – auch völkerrechtlich – nicht gerechtfertigt, Kriegshandlungen gegen andere Staaten damit zu begründen. Die Kriegsrhetorik dient der Vorbereitung eines Angriffskrieges.

**Aus diesem Grund fordern wir die Bundesregierung auf, ihre (angekündigte) Zustimmung zum „Vorliegen des Bündnisfalles“ gemäß § 5 des NATO-Vertrages zurückzuziehen.**

**Wir lehnen jede Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Handlungen gegen andere Staaten ab.**

Wir werden jedem Versuch entgegenzutreten, im Gefolge der Ereignisse in den USA und in Deutschland einen Rechtsruck in der Innen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen und demokratische Rechte der Bevölkerung abzubauen.

### **35,615 starben an Hunger am 11. September 2001**

*Opfer: 35,615 Kinder (Quelle: FAO)*

*wo: arme Länder*

*Spezial TV-Sendungen: keine*

*Zeitungsartikel: keine*

*Botschaften vom Präsidenten: keine*

*Kanzlerreden: Fehlanzeige*

*Solidaritätsaktionen: keine*

*Schweigeminuten: keine*

*Trauer für die Opfer: Fehlanzeige*

*Forumsdiskussionen: keine*

*Internationales Krisenbündnis: Fehlanzeige*

*Botschaften vom Pabst: keine*

*Börsenauswirkungen: spielt keine rolle*

*Euro: wie gehabt*

*Alarmbereitschaftsstufe: Null*

*Armeemobilisierungen: keine*

*Konspirationstheorien: keine*

*Hauptverdächtige: reiche Länder ( Von einer brasilianischen Website)*

Ähnliche Entschließungen wie von der Fachgruppe Krankenhäuser des ver.di-Bezirks Stuttgart-Ludwigsburg vom 18.9.01, von der GEW FfM, von Metallern aus Berlin und FfM findet ihr im Labournet

### **Angriff auf Gewerkschaften: Wird die Kriegsbegeisterung die internationale Solidarität ersticken?**

Teófilo Reys hat Anfang Oktober in Labour Notes, einer Monatszeitschrift für die US-amerikanische Gewerkschaftslinken, einen vielbeachteten Artikel veröffentlicht.

Reys beginnt mit einer Verurteilung der in New York und Washington. "Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter wurden sinnlos ermordet, und in aller Welt haben Gewerkschaften diese Tat verur-

teilt." Und betont: Wir sind stolz darauf, wie arbeitende Menschen und insbesondere die Gewerkschaften mit Unterstützung für die Opfer des Terrors reagiert haben."

Während die US-Regierung zwischen Afghanistan bombardiert, verweist Reys auf die Situation, in der sich die Arbeiterbewegung angesichts dessen befindet. Sie "hat in den letzten sechs Jahren versucht, sich zu reorganisieren und findet sich nun mit der neuen Situation an einem Kreuzweg."

Es geht darum, ob "wir unseren Kampf gegen die Globalisierung der Konzerne fortsetzen und unsere Verbindungen zu Arbeitern in anderen Ländern vertiefen, oder stimmen wir in die »Amerika zuerst«-Rufe ein? Kämpfen wir weiter für Einwandererrechte, oder lassen wir uns entlang nationaler Verwerfungen spalten?" Werden wir weiter nach neuen Strategien gewerkschaftlicher Organisation suchen, auch wenn unsere Kampagnen in bestimmten Industriezweigen als defätistisch und »unamerikanisch« etikettiert werden? Werden wir Zugeständnisse bekämpfen, wenn Konzerne Entlassungen androhen? Kurz, werden wir unserer Verantwortung gerecht, die Stimme des Besten zu sein, was amerikanische Arbeiter im Herzen tragen? Oder werden wir weiter zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, wie es das Amerika der Konzerne gerne hätte, indem wir unser Recht aufgeben, den Konsens in Frage zu stellen?"

Reys führt einige Beispiele dafür an, wie sich die Gewerkschaften ausrichten: "Die AFL-CIO beeilte sich, Präsident Bush die volle Unterstützung zu versichern, was immer er auch unternehme, und die UAW (United Auto Workers) schlossen sich dem an. Die Teamsters knüpften an ihre Glanzzeiten als Kalte-Krieger in der Reagan-Ära an und zögerten keine Sekunde, Krieg gegen alle Staaten zu fordern, die Terrorismus unterstützen. AFL-CIO-Präsident John Sweeney schließlich berichtete, er habe Präsident Bush angerufen, um diesem Unterstützung anzubieten. »Wir stehen voll und ganz hinter dem Präsidenten und der Führung unserer Nation in diesen Zeiten nationaler Krise (...). Eine angemessene amerikanische Reaktion

wird von uns voll und ganz unterstützt werden.«

Zunehmend gibt es aber auch nachdenkliche Töne. Reys führt die Stahlarbeiter an: Sie "forderten eine Bestrafung der Täter, fügten aber hinzu, dass die USA keine unschuldigen Zivilisten treffen dürften, und verwiesen auf die Armut und Ungerechtigkeit, die ständig für »Rekruten für die Armee der Intoleranten« sorgen."

### **Verteidigung der ImmigrantInnen**

"Die SEIU (Dienstleistungsgewerkschaft), unter deren Mitgliedern viele Immigranten sind, forderte, dass alle angemessenen Maßnahmen ergriffen werden, warnte aber zugleich eindringlich davor, Einwanderer und insbesondere Araber zu Sündenböcken zu machen. .... Die UFW haben auch in der aktuellen Situation ihre Lohn-Kampagne gegen den Pilz-Produzenten Pict-Sweet fortgesetzt und zusammen mit der SEIU Demonstrationen organisiert, um gegen die Stimmungsmache gegen Araber und Immigranten zu kämpfen

### **Burgfrieden?**

Die Regierungen werden versuchen "einen Konsens über Krieg und dessen hässlichen Folgeerscheinungen herzustellen. In Kriegszeiten werden alle Forderungen der Gewerkschaften und aller anderer gesellschaftlichen Gruppen (mit Ausnahme der Waffenfabrikanten) als egoistisch gebrandmarkt. erinnert sei an die sofortige Forderung, die Sozialversicherungen der Arbeiter zu plündern."

### **Angriffe auf demokratische Rechte und "unbegrenzte Vollmachten"**

"Jedes In-Frage-Stellen der politischen Führung – selbst in Fragen, die nichts mit dem Krieg zu tun haben – wird als falsch angesehen. Die Regierung nutzt diese Stimmung, um unser Recht, nicht ausspioniert zu werden, zu beschneiden, und mit dem gleichen Argument soll im Kongress mit der Zustimmung beider Parteien in den nächsten Wochen das »Fast-Track«-Gesetz durchgebracht werden, das dem Präsidenten weitgehende Vollmachten

in der Verhandlung von Außenhandelsverträgen einräumt."

### **Die Herausforderung an die Arbeiterbewegung**

Reys sieht in den Ereignissen seit dem 11.9. "eine Herausforderung für die amerikanische Arbeiterbewegung, ihren internationalistischen Standpunkt zu festigen. Wie keine andere Gewerkschaft in der industrialisierten Welt hat der AFL-CIO sich an den Kämpfen gegen Globalisierung beteiligt, wenn auch nicht immer in einer konsistenten Weise."

Reys fordert die GewerkschaftlerInnen zum Handeln auf: "Gewerkschafter, die von der Kriegsbegeisterung erschreckt sind, sollten ein Überdenken der internationalen Prioritäten und Handlungen der USA einfordern und ihre Solidarität mit den Arbeitern rund um den Globus verstärken." Denn die **"menschlichen Kosten des Krieges werden vor allem von den Besitzlosen und der Arbeiterklasse in jedem Land getragen werden..... Es ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, heute mehr denn je, auf eine neue soziale Ordnung zu drängen."**

### **Die Konzerne sind nicht »Amerika«.**

Reys stellt zu den Ursachen des Hasses auf Amerika im Ausland fest, dass dieser vor allem auf dem Verhalten von US-Konzernen in anderen Ländern basiert "und der militärischen Macht, die die US-Regierung nutzt, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten.. **Aber die Konzerne sind nicht »Amerika«.** Sie sind dieselben Kräfte, die die Arbeiterbewegung und die Bewegung für globale Gerechtigkeit bekämpfen. Unsere Bewegungen sind in einem sehr realen Sinne die einzige Alternative zu den irrationalen Kräften, die aus der Kombination aus Frustration und Fanatismus erwachsen."

### **Die international organisierte Arbeiterbewegung als Hoffnung und Alternative**

Eine international organisierte Arbeiterbewegung und die Bewegung für globale Gerechtigkeit

können der Lotse sein, der der Welt sagt: »Es gibt einen anderen Weg, der demokratisch ist und dessen Stärke aus unserer Zahl erwächst – nicht aus Reichtum, Terror oder militärischer Macht. Es gibt Hoffnung."

"In der jetzigen Situation unseren oppositionellen Charakter zu vergessen, heißt, diese Alternative, diese Hoffnung aufzugeben. Der Bush-Regierung, die gewerkschaftsfeindlichste der letzten Jahrzehnte, einen Blanko-Scheck anzubieten, kommt einer Einladung gleich, jede Alternative in der Flut militärischer Macht und terroristischer Eskalation zu ertränken.

*(Die Zitate sind aus der deutschen Übersetzung in der jw )*

### **Aufruf aus Bremen:**

**"Was noch Herr Schröder? Welche Reformen erwischen uns noch nach Rente, Bildung, Gesundheit?"**

Kollegen, was sollen wir uns noch alles gefallen lassen, es reicht uns langsam! Wir verlassen die solidarische, paritätische Rentenversicherung und bezahlen als Arbeiter bald 4% mehr als unser Arbeitgeber.

Dabei erreichte das private Geldvermögen in Deutschland 1999 ganze 6,8 Billionen DM. Die Verteilung des Geldvermögens sieht jedoch folgendermaßen aus: 4% haben 50% des gesamten Geldvermögens und 50 % haben fast nichts. Wer das ist, der fast nichts hat, lässt sich an fünf Fingern abzählen.

.....  
Jetzt kommt das nächste "freudige Ereignis" auf uns zu, die Gesundheitsreform. Wer zukünftig kein Geld mehr hat, um für sein Leben zu bezahlen, muss eben früher sterben. Die Zerstörung der Gesundheitsversorgung ist viel tragischer als der begonnene Angriff auf das Rentensystem. Die Rentenkürzung trifft "nur ein Teil" des Volkes ab einem gewissen Alter, die Gesundheitsreform betrifft alle und zwar tagtäglich und in jedem Alter. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet über Kürzungen im Gesundheitsbereich von 30 –

35%, was bei einem Gesamtvolumen der Krankenkassen von 260 Milliarden DM, auf Streichungen von jährlich 91 Milliarden DM hinauslaufen würde. Macht 1100 DM pro Einwohner der BRD oder für eine vierköpfige Familie 4400 DM im Jahr.

.....  
Die Grundversorgung

Die durch Arbeiter und Arbeitgeber paritätisch finanzierten Krankenkassen, decken nur noch eine Grundversorgung ab. Leistungen die über diese Grundversorgung hinaus gehen müssen extra bezahlt werden.

Die Bundesregierung geht auf eine jahrelange Forderung der Pharmaindustrie, Ärzte – und Arbeitgeberverbände ein. Die Arbeitgeber sparen Beiträge doch die Ausgaben können trotzdem steigen und Pharmaindustrie und Ärzte mehr verdienen. Die Politiker weichen vor den Machtkartellen der Pharmaindustrie Ärztelobby und Krankenkassen zurück. Wieder einmal sind es die Arbeiter, die auf Kosten Ihrer Gesundheit die Profite der Unternehmer steigern sollen.

Übrigens gibt es keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen, sondern durch geringe Lohnabschlüsse sind die realen Nettolöhne bis 1999 lediglich um 4,3% höher als 1980. Die realen Nettogewinne sind in diesem Zeitraum um 84,4% gestiegen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sorgt außerdem für hohe Beitragsverluste der Krankenkassen und aus diesem Grund sind die Kassen angeblich leer.

("Information zur Wirtschafts- und Strukturpolitik".20.06.2000)

Für uns Vertrauensleute der IG Metall bei der Firma Bunge gibt es aus diesem Grund auch nur einen Weg aus der immer schneller abwärts führenden Spirale für alle abhängig Beschäftigten. Um eine soziale Absicherung in allen Bereichen (Rente-, Pflege-, Krankenversicherung ect.) zu gewährleisten fordern wir :

### **Arbeiterkassen in Arbeiterhand!**

Die Arbeiter und Angestellten sollten alleine die von ihnen bezahlten Beiträge verwalten und über deren Verbleib und Einsatz selber bestimmen! Kämpfen wir für das Solidarprinzip und soziale Sicherheit.....

Wir als Gewerkschafter müssen Flagge zeigen, als Betroffene wollen wir über unsere Beiträge selbst entscheiden! .....

**Eine Stellungnahme von IG Metall Vertrauensleuten bei der Firma C.H. Bunge KG (GmbH & Co.)-** (Vollständiger Text im labournet)

### **Weltweiter Aktionstag am 9.November**

#### **Day of Action to go ahead on November 9**

*Brussels September 21, 2001 (ICFTU OnLine):* In the aftermath of the terrorist attacks in the US last week, the ICFTU has announced that preparations for the Global Unions Day of Action on November 9 will go ahead.

.....  
The Day of Action will not only be a time for protest, but also a time for reflection and discussion. The wave of strong reactions to the recent events we have received from trade unions around the world will serve to strengthen the sense of a global trade union community and solidarity as we put forward the central demands of the Day of Action."

The demands made by unions participating in the Day of Action are as follows:

**NO to globalisation that drives down workers' rights and job security**

**NO to globalisation that undermines education and health care**

**NO to globalisation that helps the rich and hurts the poor**

**NO to globalisation that stifles and denies democracy**

**YES to globalisation that benefits all people everywhere**

### **YES to globalisation that delivers true global justice and equality**

Information on the Global Unions site about the Day of Action, [www.global-unions.org/wto-action](http://www.global-unions.org/wto-action)



Am 28. September haben sich mehr als 4.000 Arbeiter von Zentoren im Hibiya Park, Tokyo, gegen Bush's Krieg versammelt

#### **Wichtige Links im Internet**



<http://www.labournet.de>

#### **Schweiz:**

[www.aggp.ch](http://www.aggp.ch)

und : [www.arbeitskampf.ch](http://www.arbeitskampf.ch)

#### **International:**

[www.labourstart.org](http://www.labourstart.org)

Der Rundbrief wird ab dieser Nummer kürzer, dafür aber häufiger erscheinen. Längere Texte werden im Internet unter [www.freebox.com/idg](http://www.freebox.com/idg) zu finden sein.

Wer den Rundbrief abonnieren möchte:  
email an [d\\_muehling@gmx.de](mailto:d_muehling@gmx.de)  
oder per Telefon  
Tel 0177 6270905

V.i.S.d.P.  
D.Mühling, Hofgeismar